Die Angst ist geblieben

Eine polnische Auschwitz-Überlebende fürchtet ihre Peiniger bis heute – und wünscht sich mehr Solidarität unter den Opfern

PAUL FLÜCKIGER, POZNAN

Ewa K. empfängt in ihrer Wohnung «Unter den Linden». Aufzug S, zweite Etage. Ihren richtigen Namen will sie nicht in der Zeitung lesen. Zu tief sitzt die Angst vor Verfolgung – und dies 73 Jahre nach der Befreiung Polens von der nationalsozialistischen Besetzung. Ewa K. ist eine der Letzten, die noch berichten können, was sie im Todeslager Auschwitz am eigenen Leib erleben mussten. «Ich habe den Gestank der Leichenberge noch heute in der Nase, den Rauch der Krematorien», sagt sie und beginnt zu weinen. Sie sitzt gekrümmt da, auf dem alten Schlafsofa im engen Wohnzimmer ihrer Blockwohnung aus sozialistischer Zeit, die Beine bandagiert, ein herzliches Gesicht, rege Augen. Bald wird sie 90 Jahre alt. Der Herrgott meine es gut mit ihr, sagt die gläubige Katholikin.

Todesstrafe für die Familie

Ewa K. wuchs mit vier Geschwistern am Stadtrand von Krakau auf, der Hauptstadt des Generalgouvernements, das seit dem deutschen Überfall auf Polen mit brutaler Hand geführt wurde. Dieses erstreckte sich von Warschau über Krakau bis Ternopil in der heutigen Ukraine. Der Vater, ihre beiden Brüder und die älteste Schwester waren bei den Partisanen der polnischen Untergrundarmee Armia Krajowa (AK), die gegen die Nazis kämpfte. Die Familie bot den Untergrundkämpfern in ihrem Haus am Waldrand einen Rückzugsraum. «So war das üblich bei uns, auch Nachbarn halfen dabei mit», erklärt Ewa K. stolz.

Ihre Mutter versteckte kurze Zeit eine von den Deutschen gesuchte jüdische Bekannte auf dem Dachboden. «Abends sang sie mit uns Lieder», erzählt Ewa K. und beginnt mit dunkler Stimme, eines anzustimmen. Nach einigen Tagen zog die Jüdin weiter, aus Angst, entdeckt zu werden. Das sei das letzte Mal gewesen, dass sie das Mädchen gesehen habe. Angst musste die Jüdin indes auch vor polnischen Nachbarn haben, denn es kam immer wieder zu Verrat und gar Kollaboration mit den Deutschen. In den Grossstädten machten sogenannte Szmalcownik-Banden Jagd auf Juden.

Eine Untersuchung des polnischen Historikers Jan Grabowski zu solchen Banden in Warschau 1940 bis 1943 hat ergeben, dass ihnen zu zwei Dritteln Polen angehörten. Die restlichen Mitglieder waren Deutsche und ethnische Minderheiten, unter ihnen auch einige Juden. Laut Grabowski wurden die meisten Juden, die sich aus den Ghettos retten konnten, von Polen an die Deutschen verraten. Ewa K. verschweigt auch eine Besonderheit, auf welche die Polen gerne pochen: Wer im Generalgouvernement Juden Unterschlupf gewährte, riskierte ab Herbst 1941 nicht nur das eigene Leben, sondern auch jenes der Familie. In anderen Besatzungsgebieten Polens galt diese Sippenhaft nicht.

Die Deutschen hatten Polen im Herbst 1939 zuerst gemäss den Zusatzprotokollen des Ribbentrop-Molotow-Pakts mit der Sowjetunion aufgeteilt. Die deutschen Besatzungsgebiete wurden sodann in fünf Zonen unterteilt. Die grösste war das Generalgouvernement, wohin ursprünglich alle Polen und Juden aus den restlichen vier Gebieten ausgesiedelt werden sollten. Im Osten grenzte dieses zentrale Besatzungsgebiet an die sowjetische Zone. Ostpolen wurde von den Deutschen erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 besetzt.

Im Spätherbst 1941 umstellten deutsche Einheiten Ewas Elternhaus. Alle Familienmitglieder wurden in das berüchtigte Gestapo-Gefängnis an der Montelupich-Strasse eingeliefert. Dort wurde Ewa gefoltert. Die Gestapo interessierte sich für Namen von AK-Partisanen; von der versteckten Jüdin wusste sie offenbar nichts. Verraten wurde die Familie wegen ihrer Unterstützung der Partisanen. Die Folterungen verursachen bei Ewa K. bis heute schlimme Kopfschmerzen. Im Montelupich-Gefängnis hat die damals 13-Jährige auch ihre Mutter zum letzten Mal gesehen. «Eine Wärterin kam und sagte mir, ich könne mich nun von Mama verabschieden», erzählt sie. Tränen steigen ihr in die Augen.

Kinder im Konzentrationslager Auschwitz kurz nach ihrer Befreiung durch die Rote Armee. AP

Der deutsche Terror in Polen, 1939–1945

1939 überfielen die Nationalsozialisten Polen. Das Generalgouvernement wurde zur militärischen Besatzungszone, andere Teile des ehemaligen polnischen Staatsgebietes wurden in das Deutsche Reich eingegliedert. Im Generalgouvernement standen die meisten deutschen Vernichtungslager.

QUELLEN: IPN, UNITED STATES HOLOCAUST MEMORIAL MUSEUM NZZ-Infografik/efl., jok.

«Arbeit macht frei»

Zusammen mit ihrer Schwester wurde Ewa ins KZ Auschwitz-Birkenau gebracht. Sie kam in die Strickstube und fertigte Socken für die deutschen Soldaten an der Ostfront. «Arbeit macht frei», sagt sie bitter, krempelt dann ihren linken Ärmel hoch und zeigt ihre Nummer. Sie beginnt mit 60. Ewa K. kann kein Deutsch, doch ihre Nummer kann sie noch heute ohne Akzent herunterleiern.

«Von der Strickstube aus sah ich das Krematorium, dort haben sie alle hineingeworfen, Juden, Polen, Gefangene aus ganz Europa, das Leben zählte nichts», so erinnert sich Ewa K., die bisher öffentlich noch nie über ihre Zeit im Frauenlager gesprochen hat. Ihr Sohn, der dem Gespräch beiwohnt, wirft ein, in seiner Kindheit sei zu Hause kaum über Auschwitz gesprochen worden. Dann kramt er Akten aus einem Schrank. Der Ordner quillt über von Suchanfragen an den Internationalen Suchdienst für Familienangehörige von Opfern der Nationalsozialisten in Bad Arolsen – und von abschlägigen Antworten. Seit über 60 Jahren sucht Ewa K. vergebens ihre beiden Brüder und die älteste Schwester Roza. Einzig eine Todesanzeige ihres Vaters aus Auschwitz hat sie. Er starb angeblich an Herzversagen.

Überlebt habe sie dank ihrer viel stärkeren Schwester und zwei Lehrerinnen aus der Nähe von Poznan, die sich um sie gekümmert hätten, erzählt Ewa K. «Wir lagen zu zehnt auf der Pritsche, schliefen seitlich und konnten uns nur zusammen umdrehen», erzählt sie und weist auf ihr Schlafsofa in der Stube. «So gross war die Pritsche, aber viel härter.» Dann zeigt sie mit ihren zittrigen Fingern, wie lange die Läuse in Auschwitz waren – 15 Millimeter. Solche Erklärungen kommen ihr scheinbar regungslos über die Lippen. Sie klingen wie ein Reisebericht aus einem exotischen Land.

In dem im Sommer 1940 von den Deutschen errichteten KZ Auschwitz-Birkenau wurden in den ersten zwei Jahren vor allem Vertreter der polnischen Intelligenz eingesperrt. Erst ab Juni 1942 wurden Juden, zuerst aus Polen, bald aus ganz Europa nach Auschwitz verfrachtet, um dort in den erst später errichteten Gaskammern ermordet zu werden. Unter den etwa 1,1 Millionen Todesopfern des KZ Auschwitz-Birkenau sind neben rund einer Million europäischer Juden etwa 64 000 Polen, 21 000 Sinti und Roma, 14 000 Kriegsgefangene aus der Roten Armee und 10 000 weitere Gefangene. Insgesamt haben die Deutschen im Zweiten Weltkrieg sechs Millionen Juden ermordet. Rund die Hälfte von ihnen waren polnische Staatsbürger. Jeder fünfte Einwohner Polens in den Grenzen von 1939 wurde bis 1945 ermordet. Dieser hohe Blutzoll hat bereits in den Nachkriegsjahren einen Opfermythos befördert, der sich bis heute bedenklich resistent zeigt gegenüber Forschungsergebnissen über Kollaboration mit den deutschen Besatzern wie auch den Judenverrat.

Entrüstung über vages Gesetz

Der Ungeheuerlichkeit, dass Auschwitz-Birkenau und andere KZ sowie Vernichtungslager der deutschen Besatzungsmacht in Polen heute in Medienberichten manchmal fälschlicherweise als «polnische Lager» bezeichnet werden, wollte die Regierung mittels einer seit 2016 geplanten Gesetzesnovelle begegnen: Für die historisch falsche Bezeichnung wird eine Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren angedroht. Der reichlich unklar verfasste Gesetzestext geht indes viel weiter und will auch bestrafen, wer «dem polnischen Volk oder Staat die Verantwortung oder Mitverantwortung an Naziverbrechen zuschreibt oder die Verantwortung der wirklichen Täter vermindert».

Diese Zusatzklausel hat zu einem heftigen diplomatischen Streit vor allem mit Israel geführt. Die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem sieht in dem Gesetzestext den Versuch, «die historische Wahrheit der Mithilfe, die Deutsche beim Holocaust von der polnischen Gesellschaft erhielten», zu verwischen. Trotz diesen Einwänden peitschte die Kaczynski-Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) das Gesetz durchs Parlament. Es ist seit dem 1. März in Kraft, auch wenn es noch zur Prüfung beim PiS-hörigen Verfassungsgericht liegt.

Ewa K. ist keine Jüdin, doch sie hatte jüdische Mitgefangene. «Sie hatten ihre Baracken gleich neben uns, wir haben einander geliebt, und wir haben uns geholfen», sagt sie. Aber natürlich habe es auch böswillige Lagerinsassen und vor allem Bewacherinnen gegeben. Das polnische Institut für Nationales Gedenken hat für das KZ Auschwitz-Birkenau vor Jahresfrist eine Liste mit 8500 Namen veröffentlicht. Die meisten von ihnen waren Deutsche, allerdings wurden auch andere Nationen, unter ihnen auch Polen, als Kapos eingesetzt. Die Essensausgabe sei oft zu einem Kampf ausgeartet. Auch ihre Schwester sei manchmal mit einem leeren Napf in der Baracke angekommen. Das Lagerleben habe die niedrigsten Instinkte gefördert. «Wer nicht mehr weiterkonnte, wurde erschossen; für die Deutschen waren wir Nummern, wie Vieh», erzählt sie. Der gegenwärtige polnisch-israelische Streit über das Holocaust-Gesetz der Kaczynski-Regierung stimme sie traurig, sie wolle nicht darüber sprechen. «Wir Opfer sollten uns nicht streiten, sondern solidarisch sein», sagt Ewa K. schliesslich.

Im Sommer 1944 zwangen sie die Deutschen auf einen Todesmarsch ins KZ Ravensbrück. «Die Hälfte von uns überlebte den Marsch nicht», so erinnert sich Ewa K. Unter jenen, die überlebten, heirateten einige amerikanische Soldaten. Auch Ewa K. hatte Verehrer, doch nach einer schleunigst nachgeholten Schulbildung in Bayern reiste sie nach Krakau zurück. Schon bald zog sie indes nach Poznan um. «Meine Familie war tot oder verschollen, Verwandte und Freunde ebenso; so konnte ich nicht in Krakau leben, das war zu traurig.»

Verfolgung durch die Sowjets

So kam Ewa K. von der amerikanischen Besatzungszone in die sowjetische, zu der Polen gehörte. Dort musste sie bald erleben, dass sie als Angehörige einer Familie, welche die polnische Untergrundarmee unterstützt hatte, stigmatisiert war. Die AK-Untergrundkämpfer waren für die Kommunisten die falschen Partisanen, da sie im Namen der polnischen Nation und nicht des Sozialismus gekämpft hatten. Viele von ihnen wanderten von den Wäldern fast direkt in stalinistische Gefängnisse, Hunderte wurden hingerichtet. In der Diskussion über die Proteste gegen das Holocaust-Gesetz wird diese Tragödie der frühen Nachkriegsgeschichte oft gegen Israel angeführt. Dabei zeigt sich, dass die bereits in den zwanziger Jahren etablierte Propaganda, wonach der Kommunismus eine jüdische Erfindung sei, in Polen bis heute verfängt. Stalinistische Richter werden so schnell zu jüdischen Richtern, die aufrechte polnische Patrioten in den Tod gesandt hätten.

Ewa K. spricht davon nicht; für die KZ-Überlebende ist das unwichtig. Doch die Erfahrung, gerade wegen ihres KZ-Überlebens in Moskaus Satellitenstaat Polen verfolgt worden zu sein, verunsichert die 89-Jährige bis heute. «Bitte keine Fotos, keine Namen, keine genauen Daten! Wer weiss, wann die Russen zurückkommen?!», fleht sie. Auch den Deutschen gegenüber hegt sie ambivalente Gefühle. In den siebziger Jahren begann Ewa K., ihren kargen Verdienst mit Saisonarbeit in süddeutschen Weinbergen aufzubessern. «Meine Auschwitz-Nummer klebte ich jeweils mit Pflaster ab», erzählt sie emotionslos. Die Weinbauern seien anständige Leute gewesen, das habe sie etwas zum Umdenken bewogen. «Es gibt auch gute Deutsche, aber vergessen kann ich nie, was einmal war», sagt sie.

Auch diesbezüglich ist Ewa K. nicht alleine. In persönlichen Gesprächen äussern sich junge Polen ähnlich. Der Zweite Weltkrieg ist noch heute präsent. Fast jede Familie hatte damals Todesopfer zu beklagen, auf Familienfeiern wird ihrer gedacht. Darauf können Jaroslaw Kaczynski und seine PiS bauen, wenn die antideutsche Karte gezückt oder Polen als lupenreines Opfer dargestellt werden soll. Selbst unter Strafandrohungen, so als könnte die Wahrheit wieder diktiert werden; so wie es Hitler und Stalin einst wollten.

Gesetzesflut und Regelungsdichte

Der Leitartikel «Die Angst dominiert unsere Politik» (NZZ 28.2.18) ist eine hervorragende Analyse, intellektuell fundiert und gleichzeitig mit Beispielen aus der Praxis untermauert. Die ausufernde Gesetzes-, Reglementierungs- und Verordnungswut füllt jährlich über 25 000 Seiten in Bund und Kantonen. Diese erdrückt uns Bürger, die Wirtschaft und das Gewerbe, schwächt unsere Konkurrenzfähigkeit, verursacht enorme Kosten und gefährdet Arbeitsplätze. Bestsellerautor David Graeber zeigt in seinem Buch «Bürokratie – Utopie der Regeln», dass der Glaube an die Bürokratie die Hoffnung auf Effizienz, Transparenz und Gerechtigkeit nährt. Individuelle und kollektive Furcht- und Angstlosigkeit werden nicht durch Gesetze und Regeln beseitigt. Nur eine Wertegemeinschaft und Perspektiven für eine Zukunft in Sicherheit und Wohlstand ermöglichen dies.

Es ist Zeit, dass die politischen Parteien und Parlamente, ungeachtet ob links oder rechts, diesen gesetzesproduktiven Unsinn stoppen und diese ausufernde Gesetzesflut und Verordnungswut nicht nur verhindern, sondern konsequent abbauen. Um das zu erreichen, muss die gewählte Regulierung geeignet sein, das angestrebte Ziel zu erreichen, ohne dass die Kosten den Nutzen übersteigen. Ein Sachverhalt, den unsere Bundesverfassung explizit einfordert. Das Problem liegt nicht in den gesetzlichen Grundlagen, sondern es zeigt sich in der praktischen Umsetzung. Im Deutschen Bundestag muss jedes neue vorgeschlagene Gesetz eine Preisetikette tragen, und im Bundeskanzleramt wirkten ein Staatssekretär und ein Kontrollrat, die diese unsägliche Entwicklung eindämmen müssen. Alles ist eine Frage der Dosis, «Dosis sola velenum facit».

Der grosse Staatsphilosoph Montesquieu hat recht: «Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, kein Gesetz zu machen.»

Roger E. Schärer, Feldmeilen

Lasst die Suonen den Wallisern

Wenn die Stadt Zürich an der Sihl eine offene Betonrinne als neue Zuleitung zu einem alten Fabrikkanal bauen will, so ist das keine Suone, auch wenn darin das gleiche Element fliessen soll wie in den Walliser Bewässerungskanälen, die als Suonen bekannt sind («Ein Kanal wird zum Freilichtmuseum», NZZ 27.2.18). Das ist eine regionale Bezeichnung, die für ein Kulturerbe steht, nämlich für das wohl mehr als ein Jahrtausend alte Walliser Bewässerungssystem. Andere Regionen hatten und haben andere Bezeichnungen für ihre Bewässerungskanäle oder Wasserfuhren. Die Walliser Suonen sind einzigartig. Es ist nicht die Aufgabe des städtischen Tiefbauamtes, am Sprachgebrauch herumzupfuschen. Die Suonen soll es den Wallisern lassen.

Rudolf Bolli, Zürich

Blutgeld für Familie des Mörders

Es wäre schön, wenn der Artikel «Das Lachen der Mutter des Mörders» (NZZ 24.2.18) neben der überbordenden Empathie für einen Terroristen auch erzählt hätte, dass die Familie dieses Mörders jetzt eine Lebensrente von bis zu umgerechnet 3200 Franken monatlich von der Palästinenserbehörde erhält – Blutgeld, das Mahmut Abbas erst kürzlich wieder verteidigte: Terroristen werden nicht nur Terroristen, weil sie geehrt werden und Schulen nach ihnen benannt, sondern weil ihre Familien fürstlich entlohnt werden. Ich finde es geradezu sträflich unfair, dass dieser Fakt nicht erwähnt wurde. Er trägt durchaus zum Verständnis der Situation bei – mehr jedenfalls als die Information, ob die Schwester des Täters ein Handy in der Hand hat oder nicht. Ich habe schon einige Artikel von Ulrich Schmid gelesen, und er nimmt sich gerne liebevoll der Täter an. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Sandra Kreisler, D-Berlin

Russisch-orthodoxe Kirche und der KGB

Die Einschätzung der russischen Schriftstellerin Elena Chizhova zur Rolle der russisch-orthodoxen Kirche und ihrem Verhältnis zur russischen Staatsmacht (NZZ 27.2.18) steht im Einklang mit den Erkenntnissen von Friedrich Wilhelm Graf, Professor für Systematische Theologie und Ethik an der Universität München. In seinem bemerkenswerten Buch «Götter global – wie die Welt zum Supermarkt der Religionen wird» schildert er, wie zahlreiche Vertreter der orthodoxen Kirchen im Genfer Weltkirchenrat Geheimdienstmitarbeiter waren, mit dem Auftrag, Resolutionen für die Stärkung von Grundrechten und hier speziell der Glaubens- und Gewissensfreiheit zu verhindern oder so abzuschwächen, dass religiöser Dissens kriminalisiert werden konnte.

Als die General Assembly des Weltkirchenrats 1961 in Delhi tagte, schaffte es der KGB, den damals 32 Jahre alten Bischof Aleksey Rüdiger, einen Mitarbeiter des estländischen KGB, in den Rat und diverse andere Gremien wählen zu lassen – auch unter Einsatz erheblicher finanzieller Mittel zur Bestechung von Delegierten aus «westlichen» Kirchen; er wurde, weiterhin treuer KGB-Soldat, 1990 dann zum höchsten Repräsentanten der russisch-orthodoxen Kirche gewählt und trieb als Patriarch Alexius II. bis zu seinem Tod 2008 mit grossem Erfolg eine Kirchenpolitik voran, die nach dem Zerfall der Sowjetunion darauf setzte, der russisch-orthodoxen Kirche in Russland eine Monopol- oder zumindest klare Vorrangstellung zu sichern, auch durch ein ganz enges Bündnis mit dem Staat. Seine alte enge Verbindung zum KGB leugnete Alexius trotz zahlreichen das Gegenteil belegenden Dokumenten, so Graf.

Professor Graf, selbst Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel 1989 und der Ökumenischen Weltversammlung in Seoul 1990, hat selbst erlebt, wie versucht wurde, systemkritische Kirchenvertreter aus Ungarn, der Tschechoslowakei und vor allem aus Polen über Nacht mundtot zu machen – mit Erpressung und der Androhung von teils struktureller, teils physischer Gewalt. Der Einfluss orthodoxer Kirchenfunktionäre hat bis heute verhindert, dass der Ökumenische Rat der Kirchen historisch seriös und selbstkritisch die sehr dunklen Seiten seiner Geschichte erkundet. Das hat erheblich zum Verlust an Reputation und zur inneren Lähmung des Weltkirchenrats beigetragen, so Graf.

Branko F. M. Bosnjakovic, A-Wien

Leistung lohnt sich nur bedingt

Die Aussage, Ökonomen würden das hohe Lohnniveau und damit auch die Spitzengehälter anhand des hohen Produktivitätsniveaus in der Schweiz erklären, beweist eine sehr selektive Wahrnehmung ökonomischer Empirie (NZZ 24.2.18): Avenir Suisse stuft die Schweiz auf der Produktivitätsskala westlicher Länder an 12. Stelle ein – näher bei Griechenland als bei Norwegen. Gemäss BAK Basel Economics/Seco hat sich der Beitrag der Pharmaindustrie an der Produktivitätsentwicklung der Schweiz seit 2008 um die Hälfte zurückgebildet. Der Beitrag der Finanzwirtschaft ist gar negativ. Gerade in diesen Branchen werden jedoch Spitzengehälter bezahlt. Ursachen des Produktivitätsrückstandes sind Selbstgenügsamkeit auf hohem Niveau und Demotivation. In der Schweiz lohnt sich Leistung nur sehr bedingt, weil Erfolg durch diejenigen abgeerntet wird, welche Vermögen und Macht kraft Geburt und dank entsprechenden Strukturen, beispielsweise in der universitären Bildung und infolge wirtschaftlicher Vernetzung von Kapitaleignern und Managern, in der Hand haben.

In staatlichen, quasistaatlichen, monopolähnlichen, kartellierten Branchen, zu welchen beispielsweise auch die dominierenden Detailhandelsketten und grosse Teile der Finanzwirtschaft inklusive deren Marktmacht im Immobilienbereich gehören, fehlt der Wettbewerb. Bei privatwirtschaftlichen Konzernen liegt es am fehlenden Willen der massgebenden Aktionärsgruppen bzw. Verwaltungsräte, teils gleichfalls Topmanager, teils Vertreter(innen) der obersten Einkommens- und Vermögensperzentile, Spitzengehälter zu deckeln. Besonders realitätsfern ist die populärwissenschaftlich abgehandelte Knappheitsdiskussion: Bei Ärzten wird angebliche Knappheit durch Zulassungsbeschränkungen manipuliert. Kostet ein Cola 1000 Mal so viel wie Wasser, geht es nicht um Verfügbarkeit oder Knappheit von Flüssigkeiten, sondern um den emotional bestimmten Markenwert.

Hans-Ruedi Hertig, Strengelbach

TRIBÜNE

In der Kirche fehlt die Streitkultur

Gastkommentar
von BÉATRICE ACKLIN ZIMMERMANN

Der Disputations-Marathon «Meet Your Enemy», der im Rahmen der Reformationsfeierlichkeiten in der Schiffbauhalle geplant war und an die Zürcher Disputationen von 1523 erinnern sollte, musste mangels Interesse ausfallen. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken lud Parteivertreter der AfD vom Katholikentag aus mit der Begründung, man wolle der neuen Rechten auf keinen Fall ein Forum bieten, auch wenn sich etliche Parteimitglieder als Katholiken verstünden. Und auf öffentlichen Druck hin sagten kirchliche Veranstalter kürzlich eine Tagung ab, zu der sie auch ein Mitglied der ultrakonservativen Organisation Opus Dei eingeladen hatten.

Drei Beispiele, die zeigen: Streitlust sieht anders aus. 500 Jahre nach den Streitgesprächen zwischen Anhängern der Reformation und der altgläubigen Kirche scheint die Debattierfreude der Kirchen heute an einem kleinen Ort. Während sich die Kontrahenten in den Disputationen zu Leipzig, Zürich und anderswo nichts schenkten und mit messerscharfen Argumenten und Aug in Aug mit dem Gegner ihre Sache verteidigten, tendieren die Gruppierungen innerhalb der Kirche – Progressive und Konservative, Liberale und Traditionalisten – heutzutage dazu, sich gegen unliebsame Meinungen abzuschotten und sich im Kokon der eigenen Überzeugungen einzuschliessen. Aus streitbaren Christenmenschen sind Drückeberger «vor dem Herrn» geworden.

Neu sind nicht die Richtungsstreite innerhalb der Kirche, die es von Anfang an gegeben hat; neu ist die zunehmende Verbissenheit, mit der man dem Gegner begegnet. Sie verunmöglicht eine respektvolle und öffentliche Debatte und führt dazu, dass sich die innerkirchlichen Fronten zusehends verhärten.

Zwar wird gut gebrüllt und noch mehr moralisiert. Für einen Streit, bei dem man sich argumentativ einen Schlagabtausch liefert und wo dem Gegner zumindest so viel Respekt entgegengebracht wird, dass er seine Meinung auch in ihren Stärken beschreiben kann

> Ihre Vitalität stellt die Kirche nur unter Beweis, wenn sie die verschiedenen Geister aufeinanderprallen lässt.

– für einen solchen Streit scheinen die verschiedenen innerkirchlichen Gruppierungen aber wenig Gehör zu haben. Stattdessen pflegen sie ihre Vorurteile und verschanzen sich unter Gleichgesinnten.

Eine unmittelbare und wortgewaltige Auseinandersetzung mit dem innerkirchlichen Gegner wie anno dazumal findet kaum mehr statt, an die Stelle der direkten Begegnung sind Talkshows und Internetforen getreten: Dort kann man ungehemmt über den Andersdenkenden vom Leder ziehen, ihn gar das Christsein absprechen oder notfalls mit dem eigenen Kirchenaustritt drohen. Anstatt kraftvoll der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken, verstärken die kirchlichen Kontrahenten sie noch durch ihr Freund-Feind-Denken und ihrer Selbstgerechtigkeit.

Das ist bedenklich für eine Kirche, die vorgibt, Sand im gesellschaftlichen Getriebe zu sein. Anstatt der Verhärtung der politischen Fronten entgegenzuwirken, trägt sie selber zur Polarisierung bei. Dabei war ja gerade die Reformation ein beredter Beleg dafür, dass es ohne konstruktiven Streit keinen Zusammenhalt gibt.

Dass es ohne Streit keinen Fortschritt gibt, wie Ralf Dahrendorf gesagt hat, und Demokratie und Freiheit nur wachsen können, wenn wir aneinander unsere Argumente schärfen, sollte gerade die Kirche beherzigen, sintemal die reformatorische, die von sich behauptet, Wegbereiterin der Demokratie zu sein. Wie die Demokratie lebt auch die Kirche von der Kontroverse. Ihre Vitalität stellt sie nicht unter Beweis, indem sie «Gefällt mir» oder «Gefällt mir nicht» klickt, sondern indem sie – wie Martin Luther es nannte – die verschiedenen Geister aufeinanderprallen und streiten lässt.

Im Jubiläumsjahr der Reformation und darüber hinaus täten die innerkirchlichen Gruppen hüben wie drüben gut daran, «mehr Zwingli» und «mehr Luther» zu wagen und mit Leidenschaft und verbaler Wucht miteinander zu streiten. Das dürfte der Kirche nicht nur von ihrem vorwiegend säkularen Umfeld Respekt einbringen, sondern damit würde sie als gesellschaftliche Kraft auch einen beispielhaften Beitrag zur demokratischen Kultur leisten.

Béatrice Acklin Zimmermann ist habilitierte Theologin und FDP-Abgeordnete im Freiburger Parlament.

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach
8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

Neue Zürcher Zeitung
UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 239. Jahrgang

REDAKTION
Chefredaktor: Eric Gujer
Stellvertreter: Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Andreas Schürer, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Rüesch, Andres Wysling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, Christian Weisflog, Daniel Steinvorth, Ivo Mijnssen, Dominique Burckhardt

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Christina Neuhaus, Marcel Gyr, Paul Schneeberger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Daniel Gerny, Frank Sieber, Erich Aschwanden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli, Lucien Scherrer

Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster, Valerie Zaslawski

Bundesgericht: Kathrin Alder

Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ermes Gallaretti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rütti Ruzicic, Andrea Martel Fus, Gerald Hosp, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Hanswalt Schöchli, Thomas Schlegel, Zoé Inès Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlehner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jürg Müller, Dominik Feldges

Feuilleton: René Scheu, Angela Schader, Claudia Schwartz, Thomas Ribi, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Claudia Mäder
Medien: Rainer Stadler

Zürich: Irène Troxler, Alois Feusi, Dorothee Vögeli, Urs Bühler, Walter Bernet, Stefan Hotz, Adi Kälin, Katja Baigger, Fabian Baumgartner, Jan Hudec

Sport: Elmar Wagner, Flurin Clalüna, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderl, Philipp Bärtsch, Samuel Burgener, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Sentt, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt, Birgit Schmid, Matthias Sander

Nachrichtenredaktion: Manuela Nyffenegger, Katrin Schregenberger, Raffaela Angstmann, Tobias Ochsenbein, Michael Schilliger, Kathrin Klette, Jenni Thier

Produktionsredaktion: Christoph Fisch, Caspar Hesse, Manuela Kessler, Corinne Landolt, Benno Mattli, Lucie Palka, Roland Tellenbach, Stefan Reis Schweizer, Robin Schwarzenbach

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Russenholz, Reto Gratwohl

GESTALTUNG UND PRODUKTION
Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Gilles Steinmann. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** René Sommer. **Produktion/Layout:** Hansruedi Frei. **Korrektorat:** Yvonne Bettschen. **Archiv:** Ruth Haener. **Storytelling:** David Bauer. **Video:** Sara Maria Manzo. **Projekte:** André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN
Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Luzi Bernet. **NZZ Folio:** Daniel Weber. **NZZ TV / Format:** Silvia Flock. **NZZ Geschichte:** Peer Teuwsen

NZZ-MEDIENGRUPPE
Jörg Schnyder (a. i. Vorsitzender Unternehmensleitung)

ADRESSEN
Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, Fax +41 44 258 10 70, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch
Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 16 98, Fax +41 44 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWSt)
NZZ Print & Digital: 748 Fr. (12 Monate), 68 Fr. (1 Monat)
NZZ Digital Plus: 550 Fr. (12 Monat), 50 Fr. (1 Monat)
NZZ Wochenende Print: 341 Fr. (12 Monate), 31 Fr. (1 Monat). Freitag und Samstag gedruckt ohne Digital
NZZ International Print & Digital: 539 € (12 Monate), 49 € (1 Monat). Preise gültig für Deutschland und Österreich, übrige Auslandpreise auf Anfrage
NZZ Kombi Print & Digital: 880 Fr. (12 Monate), 80 Fr. (1 Monat). NZZ und NZZ am Sonntag gedruckt inkl. Digital
Studierende: 50 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studierendenausweis)

Alle Preise gültig ab 1. 3. 2018
Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.
Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2018

BEGLAUBIGTE AUFLAGE
Verbreitete Auflage: 113 073 Ex. (Wemf 2017)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors